

Sehr geehrter Herr Landesdirektor,
sehr geehrte Damen und Herren Landesräte,
meine Damen und Herren,

„**Alle guten Dinge sind drei**“ – sagt der Volksmund, und so stehe ich hier nun zum dritten Mal und sage etwas über den anstehenden Haushalt, aber natürlich auch über allgemeine Entwicklungen.

Interessant ist dabei die bisherige Abfolge der Ereignisse: ich habe Dinge in den bisherigen Haushaltsreden vorhergesagt, warnte davor, und sie traten ein.

Ich sage nun wieder vorher und wieder treten die Folgen, vor denen gewarnt wurde, ein.

Wie lange soll dieses Spiel noch so weitergehen?

Auch auf Bundesebene warnt die AfD, dann tritt das Vorhergesagte ein (meist noch schlimmer als befürchtet), die Lernkurve bei den Regierungsparteien ist eine sehr, sehr flache.

Die Genossen sind jetzt auf dem letzten Parteitag aufgewacht und lernen dazu – leider in die falsche Richtung: Lösung aller Probleme soll ein noch extremeres „Links“ sein, der Bock wird zum Gärtner gemacht.

Bei den Linken bzw. bei dem, was von den Linksextremisten noch übrig ist, nachdem nun ein Gutteil das sinkende Schiff verlassen hat – gar keine Lernkurve.

Bei Grün will ich an dieser Stelle nicht von „Lernen“ reden.

Bei der FDP dagegen tut sich erfreulicherweise etwas: die rumorende Basis soll über ein Ende der Koalition entscheiden, man darf gespannt sein auf das Ergebnis und die zu ziehenden Schlüsse. Ein Zeichen, dass man bei den Liberalen fest hinter der Regierungskoalition steht, ist das jedenfalls nicht.

Bleibt noch die CDU, die mit ihrem neuen Grundsatzprogramm wieder einmal aus der Zeit des Vormerz herausgetreten ist. Fragt sich nur -- wie lange, -- wie ernsthaft und -- bleibt es dabei **nach** der nächsten Wahl?

Ich möchte nun zunächst einige Worte zur rotgrünen Kompetenzlage im Land verlieren, den Elefanten im Raum benennen, den keiner sehen will, und anschließend für die kommenden Jahre versuchen, einen Ausblick anzustellen.

Wovor ich bereits im letzten Jahr gewarnt habe, ist eingetreten, ein weiteres schweres Defizit belastete die Haushaltsplanung.

Und man muss kein Prophet sein, um erkennen zu können, dass angesichts der unruhigen Gesamtlage und vieler unabwägbarer Risiken sowie angesichts der absehbar sinkenden Steuerertragslage in den nächsten Jahren die Ergebnisse nicht besser, sondern vielleicht noch schlechter ausfallen werden.

Und man muss auch nicht mit Insiderinformationen aus den Kämmereien der Kommunen versorgt sein, um die Tendenz der dortigen Haushaltslagen der kommenden Jahre deutlich erkennen zu können. Die Modellrechnungen des GFG lassen jedenfalls nichts Gutes erahnen.

Sofern sich Land und Bund aber nicht zu einer **fundamentalen** Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen aufraffen können, wird der Griff des Landschaftsverbandes in die Kreiskassen in den kommenden Haushaltsjahren nicht sanfter ausfallen.

Zumindest der Bund jedoch hat derzeit anderes zu tun, als kommunale Haushalte auszugleichen.

Wo früher schlechte Politik für **kurze Rezessionen** oder **kurze Schiefelage der Kasse** sorgte, da führte die Politik einer Kanzlerin Merkel oder heute die einer **frei drehenden Ampel** bildungsferner Grüner und linksdriftender Sozialisten zu **strukturellen Schäden** am „Haus Deutschland“, die nicht mehr einfach mit Geld zu reparieren sein werden.

Wo aber die Kompetenz oder auch nur die Bereitschaft fehlt, die **Regierungsaufgaben** vernünftig zu schmeißen und dem Bürger die bestmöglichen **Regierungsmaßnahmen** zu liefern, – da muss das Team ausgewechselt werden. Zumindest ist das in funktionierenden Demokratien so.

Stattdessen wird aber nach einem schwachen Start der Ampel nach der letzten Bundestagswahl dem immer stärkeren Versagen unbeirrt zugesehen. Ich nenne Ihnen drei Beispiele, die allerdings nur symptomatisch für den Zustand unserer Regierung stehen können:

Im Bundeswirtschaftsministerium beispielsweise – immerhin in einem **(noch)** Hochtechnologieland wie Deutschland eines der Kernressorts, sitzt ein Kinderbuchautor, der täglich aufs Neue von seinen Ministeraufgaben überrascht wird.

In einem Top-Industrieland aber, meine Damen und Herren, muss das Wirtschaftsministerium Kernkompetenz-Pflichtaufgabe sein, und keine Außenstelle der Augsburger Puppenkiste – wobei diese vermutlich besser zur Insolvenz vortragen kann als der amtierende Wirtschaftsminister.

Waren Sie, meine Damen und Herren, schon einmal beim Friseur, um sich einen Zahn ziehen zu lassen? –

Sicher nicht.

Warum also wird in der Berliner Koalition unter anderem in puncto Wirtschaft einer Ideologiepartei praktisch freie Hand gegeben, die jeden nur erdenklichen Fehler begeht?

Machen wir einmal ein Gedankenexperiment: Stellen wir uns einen Tag im Jahr 2030 vor - wie soll der Energiemix aussehen?

Die jetzige Koalition hat plangemäß zu 95% „erneuerbare“ Energien durchgepeitscht (Energie ist übrigens nicht „erneuerbar“, sie wird stets nur umgewandelt, der Begriff zeugt schon von Unkenntnis; so viel nur am Rande) –

stellen wir uns nun diesen einen beliebigen Tag so wie heute vor, es ist dunkel und windstill.

Wo kommt der Strom her? – Ich sage es Ihnen:

er wird **teuer** zugekauft werden müssen aus tschechischen **Kohle**kraftwerken und französischen **Atom**kraftwerken. Der deutsche Verbraucher trägt dabei auch die Kosten der dortigen Gewinnmarge, und die -- wird nicht gering ausfallen, wenn wir hierzulande erstmals vollends unfähig zur dauerlastfähigen Energiegewinnung sein werden und wenn die Grünen via Klimabesteuerung und EU den ganzen Energiewirtschaftsmarkt in ihrer eisernen Faust halten.

Ich frage Sie, wohin soll so eine Klimapolitik führen?

Windkraft und PV-Systeme erzeugen bei Flaute nachts keinen Strom, das dürfte selbst grüner Logik zugänglich sein.

Und – sie machen die Stromversorgung künstlich teurer, was sich ja auch im LWL bereits herumgesprochen hat.

Auf EU-Ebene ist man jedenfalls bereits schlauer, und hat Kernkraft als nachhaltige Energie eingestuft.

Was bei der CO₂- Einsparhysterie darüber hinaus ignoriert wird, ist die simple Tatsache, dass die Reduktion der CO₂-Emissionen auf dem Weg zu einer in der Nettobilanz neutralen Bundesrepublik je Tonne **immer teurer** wird, je näher man diesem Ziel kommt.

Sind die einfachen Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft, kommen nur immer und immer teurere Einsparmöglichkeiten in Frage.

Billiger für die Wirtschaft sind dann die quasi zwangsläufig auftretenden Mauseleien wie CO₂-Zertifikatshandel oder Beimischen von chinesischem Abfalldiesel, nur um willkürliche Standards zu erfüllen, die übrigens andere Länder nicht mittragen – Beispiel China.

Immer noch billiger für die Gesellschaft wäre es übrigens, anderen Ländern zunächst die Umsetzung der einfachen Einsparmöglichkeiten voll zu finanzieren, bevor hierzulande immer teurere Stufen gezündet werden, um zu horrenden Kosten auch noch die letzte Tonne CO₂ einzusparen.

Der grüne Kampf vor dem sicheren Klimatod macht allerdings auch vor den Investmentportfolios des LWL nicht halt.

Wenn hier **ungrüne** Wertpapiere abgestoßen werden sollen von Unternehmen, die gute Renditen erzielen und bereits in einem Umwandlungsprozess zu nachhaltigerer Betätigung sind, stimmt das bedenklich.

Wenn selbst der bekennend grüne ehemalige Nachhaltigkeitschef von Blackrock die Wirksamkeit von ESG und grünem Investment in Frage stellt und als „**Greenwashing**“ entlarvt und ESG als **eher schädlich denn nützlich** beurteilt, die ESG-Kriterien als „**gefährliches Placebo**“ entlarvt, muss man dann nicht an ein Umdenken denken?

Wenn eben dieser grüne Top-Manager feststellt, dass die ESG-Kriterien in Nischenbereichen funktionieren können, beispielsweise (ich zitiere) „wenn Unternehmen ihre Ressourcen effizienter nutzen und damit ihre Betriebsausgaben senken“, dann wird genau das artikuliert, was die AfD seit langem fordert: **Umweltschutz ja**, Klimaschutzfantasien zu Rekordlasten **nein**.

Jüngstes Ergebnis grünroter Wirtschafts- und Finanzpolitik ist ein Kollabieren des Bundeshaushaltes durch das Ihnen bekannte Karlsruher Urteil. Durch das Machtwort der Richter fehlen nunmehr 60 Mrd. EUR, die aus dem Klima- und Transformationsfonds nicht mehr umwidmungshalber zur Verfügung stehen werden. Weitere 103 Mrd. EUR könnten der Regierung aus dem „Doppel-Wumms“-Schwachsinn im kommenden Jahr fehlen - man prüft derzeit noch die Tiefe des Haushaltsloches.

Bestenauslese von unten macht solch eine Regiererei möglich, und - meine Damen und Herren – die Schockwellen davon werden vermehrt auch die Bürger und die Verwaltungsspitze hier zu spüren bekommen.

Zweites Beispiel: Außenpolitik

Wo früher diplomatische Schwergewichte für das Wiedereinbetten Deutschlands in die Weltgemeinschaft nach dem verlorenen Krieg sorgten, wo fähige Köpfe für Ausgleich und Aussöhnung mit der Welt, aber auch für Jahrzehnte in Frieden verantwortlich zeichneten, da herrscht heute – **das große Gestammel**.

Wo früher **Politik aus der Mitte der Gesellschaft** für gute Beziehungen zum Ausland sorgte, da sorgt sich heute ideologischer Kadernachwuchs darum, dass Koboide nicht das Stromnetz der Ostkokaine verstopfen.

Ganz oben allerdings steht das rote Kanzleramt.

Der Bundeskanzler spricht für alle Bürger, er steht für alle Bürger, ja er steht im In- und Ausland für Deutschland.

Frei nach dem geflügelten Worte „der Fisch stinkt zuerst am Kopf“ werden wir in der Realität jedoch vertreten von einem grundschwachen Machtpolitiker, der national bewegende Entscheidungen treffen soll, sich aber an wichtige Ereignisse im Rahmen der größten Steuergaunerei der Bundesgeschichte vor wenigen Jahren nicht mehr erinnern kann. Da kann auch der ministerielle Unterbau nicht funktionieren, wie er sollte.

Bei immer mehr Bürgern bricht nunmehr die Erkenntnis durch, dass wir es uns schlichtweg **nicht mehr leisten können**, dass ein schwacher Karrierekanzler das Land weiter durch stürmische Zeiten führt, und dabei oberste Priorität sieht beim Austarieren einer Koalition aus der **Partei der Ungebildeten**, der **Partei der Biagsamen** und der **ehemaligen** Partei des kleinen Mannes.

Im großen und ganzen stehen die Zeichen der Zeit auf Abbau. Natürlich nicht **Bürokratieabbau**, **Schuldenabbau** oder auch nur der Abbau der imaginären Brandmauer undemokratischer Arroganz, sondern auf Abbau des erreichten Wirtschaftsstandards, Abbau eines einstmals funktionierenden und bezahlbaren Energiewirtschaftssystems und Abbau des Volkswohlstandes der Bürger.

Abgebaut wird auch sehenden Auges ein einst funktionierendes und – soweit soziale Gerechtigkeit überhaupt möglich ist - gerechtes Sozialsystem. Die Kosten für ausufernde Transferleistungen an Migranten treffen die kommunale Familie hart. Wie sehr dies Auswirkungen durch die Empfänger von Leistungen des LWL hat, eruieren wir derzeit noch. Sicherlich liegt hier kein Belastungsgrad wie bei den Kommunalkassen vor, dennoch dürften auch im LWL-Haushalt viele Millionen aufgewendet werden als direkte oder indirekte Folge der Massenimmigration in unsere Sozialsysteme.

Steigende Flüchtlingszahlen sind dabei keine Naturereignisse, die über Verwaltung und mehr noch die Regierung hereinbrechen. Es ist **falsche Politik**, die in **falschen Entscheidungen** auskristallisiert, die wiederum in den **horrenden Belastungen** für die öffentliche Hand resultieren, diese wiederum in den **steten tiefen Griff** in die (oft leeren) Taschen derjenigen, die die Zeche bezahlen müssen.

Man erkennt jedenfalls einen Trend immer deutlicher: Dass gerade die Migrantenvollversorgung **nichts** mehr mit christlicher Nächstenliebe zu tun hat, sondern Geschäft für die Einen und politisches Mantra für die Anderen ist.

Immer mehr auf der Hand liegt auch dem Bürger die Erkenntnis, dass wir uns die Vollalimentierung aller hier Hereinspazierenden nicht mehr leisten können. –

Das haben übrigens, hier einmal als Information an alle Schreihäse von „rechtsextrem!“, auch die dänischen **Sozialdemokraten** nunmehr verinnerlicht.

Es dürfte **jedem** hier klar sein, dass das derzeitige soziale Netz nicht endlos **unreformiert** weiter finanziert kann. Dass bislang allerdings dieser Elefant mitten im Raum kaum genannt wurde, muss ich nicht besonders betonen.

Ausfluss der Massenimmigration ist dabei auch eine Zunahme der Gewalt, ja des Hasses gegen Weiße – die Zahlen der Kriminalstatistiken sprechen eine mehr als deutliche Sprache.

In Zeiten von grassierendem **importiertem Judenhass**, Forderungen nach **Ausrufung des Kalifats**, ausländischen **Clankriminellen** und gewalttätigen Vorfeldorganisationen der Linken, Grünlinken und Linksextremen drängt sich immer mehr die Frage auf:

Verachten die anderen Parteien eigentlich ihre eigenen Wähler?

In einer Einrichtung des LWL wird das Noch-Wählerklientel dieses Landes – **Ihre** Wähler und vor allem **Ihre** Steuerzahler (!) - zeitweise ausgesperrt wie Störenfriede von Sicherheit und Ordnung, wie **unerwünschte Subjekte**.

Einzigste Partei, die dies thematisiert, einzigste Partei, die ihre **oppositionellen Hausaufgaben** macht, war die **AfD**.

Was aber ist hier im Hause passiert?

Statt kurzem Eingeständnis, dass einseitiger Rassismus auch Rassismus und nicht in Ordnung ist; statt einfachem Versprechen des Abstellens eines solchen **widerlichen** Zustandes, der eben doch eigentlich nicht für Ihre woke „Toleranz für alle“ und für ein integratives Zusammenführen aller steht, stattdessen kommt purer Hass aus der linken Ecke – gerade von denen, die der AfD immer nur pauschal mit der Wahlkampfparole von Hass und Hetze als ihrem allerbesten Argument ankommen.

Ich sprach eben schon über „Bock zum Gärtner gemacht“....

Da kommt dann so manche ungerufene und unberufene Küchenkraft hinterm Herd hervorgekrochen, und verliert sowohl **Sachlichkeit** als auch **jede Contenance**. Die Bezeichnung MdLV steht übrigens keineswegs für das damals Herbeifantasierte, jeder hier im Raum kann ganz unbesorgt diese Bezeichnung tragen. Und ich gebe jetzt hier einmal Hilfe für Linksgrün beim Interpretieren: bei manchen steht MdLV für „Manche denken Leider Verwirrt“.

Man muss es Ihnen einfach nachsehen, dass Sie aus der beengten Sicht der linksgrünwoken Blase den Unterschied zwischen rechts und konservativ auf der einen Seite und rechtsextrem auf der anderen Seite nicht verstehen – viele Dinge in der aktuellen Bundespolitik werden nicht verstanden. Und damit meine ich nicht nur Kinderbuchautoren, die bei Wirtschaftsfragen dilettieren. Spiegelverkehrt verstehen Sie ja auch nicht zwischen links und linksextrem zu unterscheiden, sonst würde so manche politische Einstellung in Deutschland nicht dermaßen hofiert.

Ständiges Vorbeten **mantraartiger Floskeln** zur Demokratie, **Selbstbeweihräucherung** als einzige Demokraten zeigen jedenfalls zum einen ein wirres Verständnis vom Prinzip Demokratie, zum anderen aber, dass manch einem die Parteiideologie weitaus wichtiger ist als der Wählerwille, vor allem – wenn der Bürger in seinen Augen „falsch“ wählt.

Im letzten Jahr hatte ich bereits die Fahnenmasten angesprochen. Während nun neben den Ukraineflaggen überall fleißig Israelflaggen gehisst werden, steht weiter die Frage im Raum: wo ist das Ende der Fahnenstange? „**Weiter so**“ mit Hunderten von Millionen EUR Defizit? Wo ist eine **Obergrenze** des Hebesatzes zu sehen? Wie sieht es mit der Verteilung der Landschaftsumlage eines Tages aus, wenn vielleicht **ein Großteil** der Kommunen in der Haushaltssicherung ist?

Abhilfe schaffen wird da nicht die gutgemeinte Konsolidierungsliste, die für die kommenden drei Jahre Einsparmöglichkeiten im niedrigen achtstelligen Bereich jährlich verspricht, zumal auch sofort **Wasser ins Becken** gekippt wurde: stante pede forderten die anderen Fraktionen hier schon bei der **schlichten Überprüfung** von Einsparpotential eine Ausnahme nach der anderen.

Aus Angst vor Streichungen oder vielleicht aus Angst vor den Einsparpotentialen und vielleicht einem Votum der völligen Entbehrlichkeit einiger Posten? Ich weiß es nicht.

Die Konsolidierungsliste jedenfalls ist sicherlich ein gutherziger erster kleiner Schritt, aber – **Sparen geht anders.**

Unseren Vorstoß zur pauschalen Kürzung aller Dezernatshaushalte um 5 v.H. bei den freiwillig erbrachten Leistungen haben Sie sang- und klanglos weggewischt wie so viele vernunftgetragene Beschlussvorlagen unserer Fraktion; auch hier stand wieder Parteiideologie über allen Sachzwängen.

Die Chance für ein starkes Zeichen an die kommunale Familie, dass der LWL sein Scherflein ernsthaft und inhaltsstark zur Entlastung der Haushalte vor Ort beitragen will, haben Sie jedenfalls verpasst.

Statt dessen kommen Einsparentscheidungen wie die Abschaffung der Erstattung der Parkgebühren aller Fraktionsmitglieder.

– Wie hoch mag das Volumen im Jahr sein? Zehntausend EUR?

Diese Einsparung, schmerzhaft gerade für die Sachkundigen Bürger, die doch eigentlich auf jede nur mögliche Art zur regen Teilnahme an Sitzungen und politischem Leben im LWL angeregt werden sollten, lässt sich vielleicht wie folgt ganz gut messen:

Die tatsächlichen Kosten für die ebenso aufwändige wie sinnlose Renovierung des Ausschusszimmers sind bislang noch nicht veröffentlicht, man wollte diese auch nicht nach draußen gelangen lassen. Sie erinnern sich an die Farce im Landschaftsausschuss.

Dumm nur, dass diese Position bereits mit 420.000 EUR im BLB-Haushalt öffentlich budgetiert war und daher nicht mehr zur Verschlussache erklärt werden konnte. Die tatsächlichen Kosten dürften übrigens weitaus höher sein und eher bei über einer halben Million EUR liegen – für ein einzelnes Zimmer wohlgemerkt. Woanders hätte man dafür übrigens ein **wohldimensioniertes Einfamilienhaus** bauen können.

Rechnet man nun allein die veranschlagten 420.000 EUR auf 1,80 EUR eingespart je Parkvorgang um, kommt man auf einen Wert von rund 230.000. Das heißt, hätten Sie sich den Prestigeumbau des Ausschusszimmers gespart, wären die Parkgebühren von 233 MdLV und Sachkundigen Bürgern für Tausend Mal Parken finanziert.

Landesdirektor und Landesräte parken übrigens kostenlos beim Vorfahren mit den Dienstwagen, ebenso wie die Damen und Herren Landräte, deren Dienstwagen regelmäßig im absoluten Halteverbot auf dem Bürgersteig vor dem Landeshaus stehen.

Ein Beispiel nehmen können Sie sich übrigens vom neugewählten Oberbürgermeister von Pirna, der wird nämlich seinen Dienstwagen zurückgeben und mit dem privaten PKW fahren.

Nein, abseits der hilflosen Konsolidierungsbemühungen, bei denen auch auf die Intervalle der Fensterreinigung geachtet wird, wird weiter geprasst.

Bereits im letzten Jahr habe ich den Prunkbau im Freilichtmuseum Detmold angesprochen, der trotz unseres Moratoriumsantrages weiter gebaut wird, und der den Steuerzahler letztendlich mit knapp 60 Mio. EUR belasten wird statt der ursprünglich einmal genehmigten rund 38 Mio. EUR.

Ein anderes Gigantomanie-Projekt wurde jetzt vor Kurzem von einer der **Kommunen selbst** zunächst gestoppt – Stalag 326.

Bezeichnend für das Verständnis von Demokratie in diesem Land sind die seitdem heftige Kritik an den beteiligten Kreistagspolitikern und die vehementen Versuche, das Projekt noch durchzudrücken. Natürlich hat eine nationale Gedenkstätte dieser Art seine Daseinsberechtigung, keine Frage; und auch unsere grundsätzliche Zustimmung, nur nicht in **überdimensioniertem Umfang** und nicht mit vermutlich sehr **einseitiger späterer Präsentationsweise** mit dem bekannten erhobenen „**Zeigefinger der Moral**“ für die Besucher.

Auch viel Geld in die Hand nimmt der LWL für weitere massive Vergrößerung der Büroflächen durch Neubauten.

Der derzeitige Bauumfang wird in Münster mehr als zehntausend Quadratmeter neue Büroflächen entstehen lassen. Einerseits teilweise sicher der richtige Weg, soweit aus Anmietungsverhältnissen herausgekommen wird. Andererseits aber bei zusätzlichem Nettobüroraum in Zeiten von Heimarbeit der falsche Ansatz. Der Anteil an Bediensteten, die irgend möglich von Zuhause aus arbeiten, sollte vielmehr ausgereizt werden; hier sollte **Reduzierung von Amtsstuben** das Ziel sein statt deren Vermehrung.

Bei der Personalentwicklung und dem Stellenplan steht der LWL in diesem Haushalt, aber auch in den künftigen Planungen, vor einer doppelten Herausforderung:

Einerseits sehen wir eine **kontinuierliche Zunahme** der Personalstellen mit einhergehenden **stetig steigenden Personalkosten**. Andererseits erhöht sich der Mangel an qualifizierten Bewerbern, was die Besetzung der Stellen in Zukunft immer weiter erschwert. Diese Entwicklung führt zwangsläufig immer und immer mehr zu der Frage, wie wir mit begrenzten Personalressourcen effizient umgehen können.

Wir müssen **kreative** Lösungen finden, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Eine Möglichkeit wäre, das Potenzial von Vollzeitstellen besser auszuschöpfen, insbesondere in Bereichen, in denen bisher nur Teilzeitbeschäftigung möglich oder üblich war. Es könnte sinnvoll sein, die Zuständigkeiten und Arbeitsbereiche so zu strukturieren, dass sie eine Vollzeitbeschäftigung eines Mitarbeiters **über mehrere Abteilungen** hinweg ermöglichen.

Gleichzeitig müssen wir uns der unangenehmen Wahrheit stellen: Wir können es uns angesichts eines erheblichen Tarifdrucks und jährlich deutlich steigender Personalausgaben nicht länger erlauben, Qualitätsstandards aufrechtzuerhalten, die unseren finanziellen Rahmen sprengen; und wir müssen auch hier

Einsparpotentiale finden und prüfen – auch wenn dies Qualitätseinbußen zur Folge haben wird.

Wir müssen uns der **fiskalischen Realität** stellen:

Wenn das Geld knapp ist, kann man sich nicht länger alle wünschenswerten Standards leisten – auch nicht bei der Personaldecke.

Kritikwürdig ist darüber hinaus auch die zögerliche Digitalisierung, die wohl bislang viele Kosten verursacht hat, sich aber in Effizienzsteigerung oder Personaleinsparung oder auch nur Verbesserung der Servicequalität nicht messen lässt. Ein altbekanntes und viel kritisiertes Problemfeld. Ein lapidares „das kann man nicht messen“ zählt in der freien Wirtschaft nicht, und darf auch hier nicht **Ausrede** für **planloses Durchwursteln** sein. Es müssen **Ziele** definiert werden und Erreichtes quantifiziert und **gemessen** werden, das sind wir dem Steuerzahler schuldig.

Digitalisierung ist **doch kein Selbstzweck!**

Wir als Fraktion sagen „**Ja**“ zur Digitalisierung, aber diese muss zielgerichtet und systematisch umgesetzt werden. Der bisherige Fahrplan „Digitalisierung 2.0“ ist zu vage und zu lasch; es müssen Ziele und Zeitrahmen **im Konkreten** gesetzt, umgesetzt und

evaluiert werden – nicht nach persönlichen Erfolgsmeinungen der Verwaltung, sondern anhand **belastbarer Kriterien**.

Ich zitiere aus oben bezeichneter Vorlage:

„Digitalisierung bleibt [...] ein Dauerthema“.

Das ist natürlich richtig und muss so sein, aber die einzelnen Zwischenschritte dürfen nicht Dauerthema von Auf-Sicht-Fahren sein.

Bislang existieren beispielsweise etwa 800 Programme und Hilfsprogramme im LWL, für die teilweise horrende Lizenzgebühren gezahlt werden. Ich sehe hier sowohl **Straffungsbedarf** als auch die Notwendigkeit, möglichst viele Programme **einmalig selbst zu schreiben** oder **als Auftragsarbeit zu beschaffen**, um dauerhaft die Lizenzlast zu senken.

Ebenfalls dringend auf den Prüfstand müssen die pflichtigen Leistungen.

Nicht auf der Ebene des „Ob“, nicht unter Verstoß gegen das jeweilige gesetzliche Aufgabengebot, sondern in Umfang und Qualität.

Es ist im Prinzip nämlich ganz einfach: wer bestellt, der bezahlt auch.

Dass pflichtige Leistungen etwa 90% des Gesamthaushaltes ausmachen, und das gleichzeitig nicht alle Ausgaben konnektiv eins zu eins von Bund und Land getragen werden, ist bekannt.

Wenn aber nun auch nach jahrelangem Drängen, nach so vielen Warnungen, nach Resolutionen, nach Eingaben noch keine auskömmliche Deckung des Bestellten sichergestellt wurde, dann müssen sich Gedanken über Ausführungsqualität und -umfang gemacht werden. Dann muss beispielsweise überlegt werden, ob Modernisierungen weit herausgeschoben werden, ob Angebote und Leistungen **verschlankt dargestellt** werden oder nicht mehr in der gewohnten – **hohen** – Qualität des LWL wie bisher bereitgestellt werden können.

Sparen heißt, **es wird weh tun**.

Vielleicht würden derartige schmerzhaft Einschnitte ja auch den einen oder anderen auf Landes- und Bundesebene zu der Einsicht bringen, dass das Geld nicht auf **kommunalen Bäumen** wächst und die Finanzausstattung der kommunalen Familie stimmen muss.

Fazit jedenfalls ist: die äußeren Umstände künftiger Haushaltsplanung bleiben **unkalkulierbar** und **risikobehaftet**; den aktuellen Haushaltsentwurf belasten Entscheidungen des laufenden Haushaltsjahres und frühere Weichenstellungen schwer, wirkliche Besserung ist dagegen mittelfristig nicht in Sicht.

Wollen Sie da weiter Geld für ideologische Projekte verschleudern, die der Bürger nicht gutheißt, und das in Zeiten immer klammer werdender Finanzlage auf **allen** staatlichen Ebenen? In Zeiten von auf alle kommunalen Haushalte zurollender massiver Verschlechterung und strategischer Risiken?

Wenn Sie im Großen schon die Migrantenzlawine, die über Bund, Land, Kommune und Steuerzahler hereingebrochen ist, als eine Art **unabänderliches Naturereignis** und nicht als schwerste Fehlentscheidung der Ex-Kanzlerin, des derzeitigen lethargischen Kanzlers und einer offen mit Linksextremisten poussierenden obersten Ordnungshüterin begreifen;

wenn sie schon nicht den Irrweg sündhaft teurer grüner Klimafantasien als **absehbare Sackgasse** erkennen,

wenn Sie schon **immer und immer** weiter mit allen möglichen Begründungen kostenintensiv Personal aufstocken zu müssen glauben,

dann gönnen Sie im Kleinen dem Steuerzahler doch wenigstens **ernsthafte** Sparbemühungen überall da vor, wo – diese – irgendwie möglich sind.

Vielen Dank!